

Protokoll des 18. bundesweiten Treffens des ABSP am 12. Mai in Peine

Tagesordnung

1. Formalia (Begrüßung, Absprache für Protokoll und Moderation, kurze Vorstellungsrunde)

2. Nächste Strategien des Netzwerkes:

Der Kokreis schlägt für die Kampagnenpolitik vor:

I. Als Hauptthemen:

- a) Kampagne gegen Kinderarmut Forderungen: 10 Euro/500 Euro, Kindergrundsicherung für alle Kinder
- b) eventuell Kampagne im Herbst gegen EEJ und andere prekäre Zwangsbeschäftigungen

II. Weitere Themen:

- ◆ Stand G8, Euromarsch
- ◆ Petition Arbeitslosenzahlen
- ◆ Bundeswehr raus aus der Bundesagentur für Arbeit!
- ◆ Weitere Schritte Ausbau des Sozialberatungsnetzes BSoZD e.V.
- ◆ Weitere Perspektiven Hungerstreik, radikale Aktionsformen?
- ◆ Weitere Themen.

3. Aktuelles, Verschiedenes

Beginn 12 Uhr, Ende 17 Uhr.

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Moderation : Pia Witte

Protokoll: Helmut Woda

TOP 1

Begrüßung

Martin Schwang von der Erwerbsloseninitiative Peine begrüßte die TeilnehmerInnen. Das ABSP ist für ihn wichtig, um durch Aktionen noch mehr Feuer zu machen, damit Sozialabbau und Hartz IV gestoppt werden.

Im Anschluss der Vorstellungsrunde wurde die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt.

TOP 2

I. Hauptthemen

Als Einstieg wurden die Forderungen diskutiert. Offensichtlich ist die Zeit reif für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der aber 10 Euro betragen muss, wenn er wenigstens existenzsichernd sein soll. Zusätzlich ist eine Erhöhung der Regelleistung von 345 auf 500 Euro unabdingbar, von 345 Euro kann mensch nicht mehr leben.

Zur Zurückdrängung von Hartz IV braucht es mehr statt weniger Arbeitsplätze. Deshalb fordert das ABSP Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Zusätzlich müssen die Ein-Euro-Jobs in voll bezahlte Normalarbeitsverhältnisse umgewandelt werden, um dem Lohndumping und der Abwärtsspirale bei den Löhnen einen Riegel vorzuschieben. "Bürgerarbeit" ist keine Lösung und schafft keine Arbeitsplätze, sie erhöht lediglich den Druck auf die Löhne.

Nach längerer Diskussion wurde die Forderung nach einem BGE (Bedingungslosen Grundeinkommen) als eine längerfristige und noch inhaltlich zu klärende Forderung zurückgestellt.

Zu Kampagnen wurden 3 Beschlüsse gefasst:

1. Aufruf, am 26.6. Tommi Sander bei seiner Gerichtsverhandlung in Aschersleben zu unterstützen

Tommi wurde wegen seiner Teilnahme an der Aktion "Sattessen im Supermarkt" ein Strafbefehl über 12 Tagessätze zugestellt. Dagegen hat er Revision eingelegt. Die Verhandlung findet am 26.6.2007 vor dem Amtsgericht in Aschersleben statt. Neben der direkten Teilnahme am Gerichtstermin sind auch dezentrale Aktionen vor örtlichen Gerichten denkbar: z.B. Übergabe von einer Banane, einem Brötchen und einem Joghurt an das Gericht mit dem Hinweis: dafür soll Tommi heute erneut verurteilt werden. Tommi hat angekündigt, im Fall seiner Verurteilung die Gefängnisstrafe anzutreten und für diese Dauer in einen Hungerstreik zu treten.

Abstimmung: einstimmig angenommen

2. Herbstkampagne gegen prekäre (Zwangs-)Beschäftigung und gegen die Werbeaktionen der Bundeswehr in ARGENTINEN und Kommunen

Neue Verschärfungen von Hartz IV werden von der Großen Koalition der Sozialräuber vorbereitet. Stichpunkte sind "kein gesetzlicher Mindestlohn" und "Absenkung der Zuverdienstregelung, um die Aufstocker aus dem ALG II auszuschließen" aus dem Bericht der "Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt" des Münte-Ministeriums. Nach der Vorlage dieses Berichts am 9. Mai 2007, wenige Tage nach dem 1. Mai, dem Tag der Arbeit, ist davon auszugehen, dass dieses Thema die Gewerkschaften und alle Netzwerke der Erwerbslosen und der Sozialproteste in den nächsten Monaten herausfordern wird, diesen Angriff abzuwehren.

Im Anhang findet Ihr den Text einer Email, wie er als erster Lektürebericht der Kollegin Ulla Pingel vom Erwerbslosenausschuss Berlin den TeilnehmerInnen des Treffens für ihre Diskussion zur Verfügung gestanden hat.

Der Kreis wird beauftragt heraus zu finden - auch durch Rückfragen bei möglichen Bündnispartnern, wann der beste Termin für diese bundesweite Kampagne sein sollte.

Bekannt ist auch die Werbekampagne der Bundeswehr, die die wirtschaftliche Notsituation der Jugendlichen ausnutzen wollen, verstärkt den Nachwuchsbedarf der Bundeswehr aus dem Bereich der Erwerbslosen zu decken. Mit Versprechungen sollen sie gelockt und später dann bei weltweiten Einsätzen der Bundeswehr verheizt werden.

Abstimmung: die Herbstkampagne wurde beschlossen bei zwei Enthaltungen.

3. Aktionen gegen Kinderarmut im Rahmen der Kampagne "Reiches Land – Arme Kinder. Einkommen zum Auskommen!" weiterführen

Die bereits laufende Kampagne gegen Kinderarmut, voller Regelsatz auch für Kinder, im Rahmen der Kampagne des ABSP "Gegen Armut 2007" ist regional sehr erfolgreich, in anderen Bereichen ist aber von ihr noch nichts zu hören. Die Kampagne soll gegebenenfalls mit Bündnispartnern (KOS, etc) weitergeführt werden.

Zum Ende des aktuellen Schuljahres wird es z.B. vor allem darum gehen, besondere Schulbedarfe von Hartz IV-betroffenen Kindern bei den Behörden zu beantragen.

Abstimmung: einstimmig.

II. Weitere Themen

Antrag: das ABSP wird Kooperationspartner des ABS (Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren). Auch wenn Studiengebühren vielerorts inzwischen durchgesetzt wurden, geht der Kampf gegen

Studiengebühren weiter. Das ABSP soll als Kooperationspartner des ABS enger an der Seite des organisierten Kampfes für eine gebührenfreie Berufsausbildung stehen.

Abstimmung: einstimmig.

Die Arbeitstagung "Reiches Land – Arme Kinder. Einkommen zum Auskommen!" findet vom 30. Mai bis 1. Juni 2007 in Lage-Hörste statt. Der Beitrag beträgt einschließlich Übernachtung und Verpflegung 50 Euro für Erwerbslose und 70 Euro für Beschäftigte. Fahrtkosten müssen selbst aufgebracht werden. Infos auf www.erwerbslos.de, Anmeldung unter Fax 030868767021.

Der "Bund Soziales Zentrum Deutschland e.V." (BSoZD e.V.) und das ABSP rücken enger zusammen. Der Vorstand des BSoZD hat beschlossen, keine Ein-Euro-Jobber aus grundsätzlichen Gründen beim BSoZD einzusetzen. Viele Sozialverbände nutzen die Vergünstigungen bei Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern zur Senkung ihrer Kosten. Der BSoZD verurteilt dies Praxis und schließt sie für sich selbst aus.

Organisatorische Beschlüsse über die Kooperation zwischen BSoZD und ABSP sollen beim nächsten Treffen gefasst werden.

Der BSoZD kümmert sich um Sozialberatung und Interessensvertretung Erwerbsloser. Mit der engeren Verbindung von ABSP und BSoZD können zukünftig beide wichtige Seiten der Erwerbslosenarbeit abgedeckt werden: die qualifizierte Unterstützung der unmittelbaren Bedürfnisse und Interessen und die politische Vertretung und Durchsetzung grundlegender Interessen Erwerbsloser.

Euromärsche 2007 GEGEN ARMUT UND EXISTENZUNSIHERHEIT

Im Rahmen der G8 Proteste finden mehrere Euromärsche statt. Sie bilden ein wichtiges Element der Proteste gegen Heiligendamm. G8 Beschlüsse bewirken nur eines: Vergrößerung von Armut und prekärer Beschäftigung. Alle sind eingeladen, sich intensiv an der Protestform der Euromärsche, die auf dem Sozialforum in Athen beschlossen worden waren, zu beteiligen. Infos unter www.euromarsch2007.labournet.de.

Die Teilnehmer des Treffens des ABSP in Peine verurteilen den Versuch der Bundesanwaltschaft, durch eine offenbar willkürliche und politisch motivierte Anti-Terror-Fahndung nach §129a am 9. Mai mit 900 Polizisten den Protest gegen G8 zu bekämpfen und zu kriminalisieren. Am Samstag, dem 19. Mai 2007 findet dazu eine bundesweite Protestdemonstration in Karlsruhe zur Bundesanwaltschaft statt. Infos unter <http://www.19mai.de.vu/>.

TOP 3

Beschluss: Das ABSP initiiert eine Petition an den Bundestag, die Bundesregierung zu veranlassen, korrekte Arbeitsmarktdaten zu erfassen und zeitnah zu veröffentlichen. Diese Petition soll online fähig sein, damit sie ausreichende Unterstützung und eine große Öffentlichkeit erreicht.

Abstimmung: einstimmig

Beschluss: Edgar und Pia verfassen eine Pressemitteilung mit den Ergebnissen dieses bundesweiten Treffens und versenden diese im Laufe des 13. Mai 2007. Ebenfalls einstimmig.